

# FESTREDE

*von Dr. Hans Merkel (B! Arminia-Rhennania, 1957)*

*am 13.06.2002 anlässlich des 154. Stiftungsfestes*

Hohes Präsidium, werte Festversammlung,

Ralf Dahrendorf schrieb am 6. April dieses Jahres in der FAZ ich zitiere: "Weit entfernt von einem Triumph der Revolution von 1989 ist die Demokratie überall unter Druck geraten. Will man diesem Druck einen Namen geben, so kann man von einer Grundtendenz zum Autoritarismus sprechen."

Und er sagte weiter: "Autoritäres Regieren ... lebt von der Apathie der Bürger ..., während eine Nomenklatura das öffentliche Interesse in eines der eigenen Machterhaltung verwandelt hat." Ende des Zitates.

Ob dies richtig oder falsch ist, bleibe vorerst dahingestellt. Begnügen wir uns zunächst mit der Feststellung, daß Dahrendorf für derlei Äußerungen noch nie obrigkeitlich beanstandet worden ist.

In der vom Verleger Gerhard Frey herausgegebenen Deutschen Wochen-Zeitung stand einmal zu lesen - ich zitiere wiederum: "Die vielbeschworene demokratische Kultur wird unter einer Parteiendiktatur mehr und mehr begraben. Herrschende leben von der Politik und nicht für sie." Ende des Zitates.

Substantiell entspricht diese Äußerung der Deutschen Wochen-Zeitung der von Dahrendorf Sie jedoch wurde obrigkeitlich beanstandet, indem sie in den Verfassungsschutzbericht von Staatsminister Beckstein als Beweis für die rechtsextremistische - und das heißt verfassungsfeindliche - Ausrichtung der Zeitung aufgenommen wurde.

Nun kann man natürlich sagen, in der Deutschen Wochen-Zeitung stehe auch noch viel Schlimmeres, während Ralf Dahrendorf von solchem Verdacht frei sei. Doch in dem einschlägigen Verfassungsschutzbericht steht nichts Schlimmeres von dieser Zeitung. Also hat sie auch nichts Schlimmeres gebracht, sonst wäre es von Becksteins Verfassungsschützern gewiß in den Bericht aufgenommen worden.

Nächstes Beispiel: In der National-Zeitung war mit Blick auf die Ära Kohl einmal zu lesen, dass - ich zitiere - "mehr oder minder nur noch, und das stetig und allumfassend, von jüdischen Opfern die Rede ist."

Hingegen - so heißt es weiter - "finden die mehr als 10 Millionen Toten unseres Volkes, die gefallen sind oder durch Siegtverbrechen im Krieg oder in den Nachkriegsjahren den Tod fanden, praktisch keine Erwähnung."

Selbstverständlich - möchte ich fast sagen - steht auch dies als Beweis für Rechtsextremismus und damit für Verfassungsfeindlichkeit im Verfassungsschutzbericht von Minister Beckstein.

Substantiell gleich, nur - zugegeben - in der Form gehobener, äußerte sich erst jüngst in einem Interview auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg der Historiker und Politologe Arnulf Baring. Ich zitiere: "Die Deutschen ... haben lange Zeit geglaubt, dass eigene Verluste ... deshalb nicht beklagt werden dürfen, weil Hitler den Krieg begonnen habe.

Das habe ich immer für eine ganz seltsame, verquere, künstliche Begründung gehalten, weil ich Trauer ... für etwas ganz Wesentliches im Leben halte."

Baring sagte weiter, daß er die Tabuisierung eines so zentralen Themas für schädlich halte und fährt fort: "Es wundern sich viele Völker und Regierungen in der Welt, wie wir mit uns selber umgehen. Dieser geheime Selbsthaß ist zugleich eine Art trostlose Rechthaberei: Wenn man von Verbrechen redet, will man der größte Verbrecher gewesen sein." Ende des Zitates.

Professor Barings Namen findet man im Verfassungsschutzbericht selbstverständlich nicht.

Und Sie, liebe Danuben, stehen mit Ihrer Aktivitas in Becksteins Bericht, weil Sie vor einigen Jahren den ehemaligen Linksextremisten Horst Mahler zu einem Referat über seinen Gesinnungswandel eingeladen haben. Bayerns oberster Verfassungsschützer folgerte aus Mahlers und noch einiger anderer ihm mißliebiger Referenten Auftritt, Ihre Aktivitas habe damit die Gemeinschaft der Demokraten verlassen und sich ins Lager der Verfassungsfeinde begeben. Das ist das eine.

Das andere ist, daß Horst Mahler im Februar dieses Jahres zusammen mit dem NPD-Vorsitzenden Voigt auf einer Fortbildungsveranstaltung von ARD und ZDF als Redner auftreten durfte. Danach hat - wie sollte es auch anders sein - kein verfassungsschützerischer Hahn gekräht.

Warum ich gerade diese Dinge an den Anfang einer Stiftungsfestrede stelle und nichts spezifisch Korporationsstudentisches will ich Ihnen gerne sagen: Weil mir um den korporationsstudentischen Charakter der Danubia nicht bange ist. Sie wissen um den Zauber unserer alten überlieferten Formen mit Couleur, Konvent, Kneipe und Mensur, unter denen sich unsere Jungen als disziplinierte Sozialwesen üben und zu lebenslanger Freundschaft verbunden werden. Da brauche ich Ihnen zum Geburtstag Ihrer Burschenschaft keine Mahnung auszusprechen, diese Formen ja nicht in Frage zu stellen, wie das andernorts - auch in burschenschaftlichen Kreisen, und da besonders von den alten Eseln - so gerne und so selbstzerstörerisch geschieht.

Sie wissen, daß es die überkommenen und bewährten Formen sind, die unsere Bünde so uralt haben werden lassen, so viele Generationen miteinander verbunden haben und uns damit das Gefühl geben, ganz konkret und höchstpersönlich in der Geschichte unseres Volkes zu wurzeln, in diesem Volk geborgen zu sein.

Ich habe meine Rede mit diesen anderen Dingen begonnen, weil sie eine akute Gefahr signalisieren - eine Gefahr, die nicht nur ganz aktuell Ihrem Bund droht, sondern uns allen, gleich ob wir Burschenschafter, sonst wie Korporierte oder einfach nur in den öffentlichen Dingen engagierte Bürger sind. Es ist die Gefahr für die Freiheit!

Oder ist es etwa Freiheit, wenn, wie meine eingangs genannten Beispiele zeigen, mit zweierlei Maß gemessen wird, dem einen also zu reden gestattet ist und dem andern das Gleiche zu reden durch verfassungsschützerische Diffamierung gleichsam verboten wird?

Oder ist es Freiheit, daß manche Dinge, über die man sich in jedem demokratischen Land der Welt völlig frei und ungeschützt unterhalten kann, bei uns überhaupt nicht angesprochen werden dürfen? Oder anders: nur unter Inkaufnahme einer Kriminalstrafe, einer Nennung im Verfassungsschutzbericht oder unter Hinnahme der gesellschaftlichen Ausgrenzung angesprochen werden können?

Liebe Verbandsbrüder, ich meine mit diesen Unaussprechlichkeiten nicht Schuffereien wie die in unserem Land erlebbare deutschfeindliche Haßpropaganda, die manches Produkt der sogenannten Vergangenheitsbewältigung unbeanstandet prägt und sich in ihrer widerlichsten Form in Parolen äußert wie "Nie wieder Deutschland" und "Deutschland verrecke". Diese Dinge sind ja fast schon - Gott sei's geklagt - Teil der deutschen Leitkultur. Ich meine mit diesen Unaussprechlichkeiten überhaupt nichts Gefährliches. Ich meine damit - und daß ich das meinen muß, ist das Schlimme - völlig Normales.

Wer bei uns sagt, er sei stolz, Deutscher zu sein, gilt für unseren Mainstream nicht als Patriot, wie dies bei einem seinen Stolz bekennenden Franzosen, Polen oder Israeli der Fall wäre, sondern als Ewiggestriger.

Als CDU-Generalsekretär Meyer sich zu diesem Stolz bekannte, durfte er von unserem grünen Umweltminister Trittin ohne Konsequenz für sein Ansehen und sein Amt und damit ideell auch voll gedeckt von der SPD auf das Niederträchtigste beleidigt werden. Trittin sagte, Meyer sehe nicht nur aus wie ein Skinhead, sondern stehe auch geistig auf der Ebene dieser "rassistischen Schläger".

Meyer wurde von den Unionsparteien gegen diesen widerwärtigen Angriff zwar in Schutz genommen. Das wirklich Beunruhigende an der Sache ist aber, daß sich seither kein einziger Politiker aus dem Unionslager Meyers Ausspruch für seine eigene Person zu wiederholen getraute.

Oder denken Sie an die Ausländerpolitik der letzten 30 Jahre! Gleich ob Rot oder Schwarz das Sagen hatten, hier haben alle Parteien des sogenannten Verfassungsbogens schwer gesündigt. Mehr noch: Sie haben für die fernere Zukunft eine demographische Katastrophe programmiert, falls es nicht zu einer umfassenden Umkehr kommt.

Doch schon heute sind die schweren Nachteile dieser Politik unübersehbar. Rot und Schwarz haben eine unfiltrierte Massenzuwanderung zugelassen, die weitgehend aus Unterschichten- angehörigen besteht, und uns auf diese Weise nach der Überwindung unseres eigenen Proletariats durch die verbürgerlichende Wirkung der Sozialen Marktwirtschaft ein neues Proletariat beschert - ein Proletariat, das wir wohl kaum noch los werden können.

Dieses Proletariat belastet die Sozialkassen in unverhältnismäßigem Umfang. So ist die Quote der arbeitslos gemeldeten Ausländer doppelt so hoch wie die der

angestammten Bevölkerung. Von den Türken Berlins, dieser nach Istanbul größten türkischen Stadt Europas, sind 42 % ohne reguläre Arbeit. Die Quote der Sozialhilfeempfänger ist bei den Ausländern gar dreimal so hoch wie bei den Deutschen.

Zudem stammt ein Großteil der Zuwanderer aus europafremden Räumen und ist daher bei uns nur sehr schwer oder überhaupt nicht integrierbar. Besonders sie stellen für den Fall ernsterer sozialer Krisen ein gefährliches Konfliktpotential dar.

Da sie zum großen Teil Muslime sind, bilden sie auch, wie die Umtriebe des Kölner Kalifen Kaplan zeigen, einen willkommenen Brückenkopf für den Islamismus. Wer nun diese Politik wegen ihrer bereits eingetretenen oder noch zu befürchtenden Folgen angreift, sie verantwortungslos oder deutschfeindlich nennt oder darauf hinweist, daß hier ein Zug in Richtung Überfremdung, Heimatverlust und Umvolkung ins Rollen gekommen ist, bekommt die Schelle des "Ausländerfeindes" und "Rassisten" umgehängt.

Schwierigkeiten bekommt auch, wer bei uns zeitgeschichtlichem Revisionismus anhängt, also ein anderes Zeitgeschichtsbild vertritt als das bei uns herrschende, das bekanntlich eingehend von den Siegern des Zweiten Weltkrieges und von einem unverständlichen deutschen Schuld- stolz geprägt ist. Er wird als "Verharmloser des Nationalsozialismus" gebrandmarkt oder gar der Volksverhetzung beschuldigt.

Das alles wäre nicht weiter schlimm, wenn diese Totschlagvokabeln - also Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Verharmlosung des NS-Systems und Volksverhetzung - nur Kampfbegriffe pointiert deutschfeindlicher Kreise und damit eher ein gesellschaftliches denn ein politisches Problem wären. Doch die Wahrheit ist leider eine andere. Diese Kampfbegriffe gehören auch zum Waffenarsenal des Staates in Deutschland und zwar gleich, ob im Bund oder in den Ländern, gleich auch, ob Bund oder Länder rot oder schwarz dominiert sind.

Ständige Anwender dieser Begriffe sind die Behörden des Verfassungsschutzes - und zwar genau in dem Sinn, daß damit die Kritik an der verantwortungslosen Ausländerpolitik der zurückliegenden Jahre und der zeitgeschichtliche Revisionismus ihr von den Verfassungsschützern für erforderlich gehaltenes diffamierendes Stigma erhalten. Die vom bayerischen Staatsminister Beckstein herausgegebenen Verfassungsschutzberichte machen hiervon leider keine Ausnahme.

Der Verfassungsschutz befindet sich hier eindeutig auf Abwegen - auf Abwegen, die es in einem freiheitlichen Rechts- und Verfassungsstaat eigentlich nicht geben dürfte. Denn die Kritik an der Ausländerpolitik und der Revisionismus sind normale Anwendungsfälle der Ausübung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung und haben mit Verfassungsfeindlichkeit, mit dem Kampf gegen unsere grundgesetzliche Ordnung nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Die Kritik an der Ausländerpolitik ist vielmehr geboren aus der tiefen Sorge um unseren inneren Frieden und um unsere deutsche, christliche, abendländische und uns Heimat vermittelnde Identität. Und diese Sorge ist nichts anderes als der Ausfluß unseres nationalen Selbstbestimmungsrechts und damit ein unverzichtbarer Aspekt unserer uns verfassungsmäßig gewährten und geschützten demokratischen Freiheit.

Auch der Revisionismus, gegen den unter dem Gesichtspunkt angeblicher Volksverhetzung sogar das Strafrecht bemüht wird, wird zu Unrecht stigmatisiert. Es gibt kein verfassungsmäßig fixiertes Zeitgeschichtsbild, das der Bürger zu glauben gezwungen wäre. Zudem ist Revisionismus ein Gebot jeder seriösen Wissenschaft. Erkenntnisse und Einungen zur Zeitgeschichte können richtig oder falsch sein, nicht aber demokratisch oder antidemokratisch, wie die Gedankenpolizei, genannt Verfassungsschutz, meint. Einsteins Physik war ja auch nicht jüdisch, wie es die Nationalsozialisten in ihrem Rassenwahn zu ihrem eigenen Schaden den Deutschen glauben machen wollten.

Im übrigen erlaube ich mir den Hinweis, daß jede Diskreditierung des zeitgeschichtlichen Revisionismus eine Diskreditierung auch der deutschen Nation ist, nämlich weil man ihr dadurch die Möglichkeit versagt, sich zu entlasten, wo dies von den Fakten her geboten wäre.

Ihr verstorbener, von mir sehr geschätzter Bbr. Rudolf Samper, der zutiefst rechtlich dachte und als Jurist in hohem Ansehen stand, hat in seinem sehr bemerkenswerten Buch "Vergessene Wahrheiten" im Zusammenhang mit dem Revisionismus den Satz niedergeschrieben: "Wieso der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt sein kann, wenn man sagt, was man für richtig hält, soll mir erst einmal jemand erklären."

So müssen wider jedes Rechtsgefühl die sogenannte Ausländerfeindlichkeit und der Revisionismus dafür herhalten, gewisse rechte Gruppen, wie etwa die Republikaner, oder gewisse rechte Verlage oder Presseerzeugnisse des Rechtsextremismus zeihen zu können - sozusagen als Beweisersatz für angeblichen Rechtsextremismus mangels Beweises wirklich grundgesetzwidriger Betätigung.

Ausgeschlossen, daß solch freiheitsfeindlicher und damit gemeingefährlicher Unfug von deutschen Beamten ausgedacht worden ist. Hier muß es politische Vorgaben geben. Die hat Herr Beckstein nicht erfunden, aber er läßt sie leider praktizieren.

Weil ich nun schon zum fünften Mal den Namen Beckstein ausgesprochen habe, ein grundsätzliches Wort zu diesem Mann! Beckstein ist gewiß keine Negativfigur in der deutschen Politik.

Im Gegenteil. Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit macht er im wesentlichen alles richtig. Ebenso in Sachen Zuwanderungsbegrenzung als einer der Lehren aus dem verantwortungslosen "laisser-faire" der letzten 30 Jahre. Ja, er ist in diesen beiden Punkten sogar der anerkannte Stimmführer der Union in Deutschland und damit der innenpolitischen Vernunft geworden. Das sage ich nicht als CSU-Mann, der ich bin, sondern als Bürger. Aber ich sage als Bürger und als CSU-Mann auch das, was Beckstein falsch macht. Und das ist, daß auch er seinen Verfassungsschutz nach rechtsstaats- und verfassungswidrigen Bewertungskriterien praktizieren läßt.

Cui bono? Vordergründig natürlich für die Linken, da auf diese Weise die Kapitel über den Links- und den Rechtsextremismus in den Verfassungsschutzberichten gleich dick werden, was wohl insbesondere den Unionsparteien erforderlich erscheint, um nicht als Freunde und Förderer des Rechtsextremismus abgestempelt werden zu können.

Der Hauptgrund dürfte aber ein anderer sein: Man braucht die rechtsstaatswidrigen Bewertungskriterien, um den "closed shop" der etablierten Parteien zu erhalten, also aus Machterhaltungsgründen. Zwar ist der Laden nur nach rechts zu. Doch das

macht der SPD-Seite ganz bestimmt nichts aus, weil man ja auf diese Weise die Grünen und dann die umgetauften Kommunisten von der PDS hoffähig und zu Koalitionspartnern machen konnte.

Und der Unionsseite macht dieser Abschluß nach rechts auch nichts aus, weil sie ja Stimmenverluste zu befürchten hat, wenn eine anerkannte rechte Partei eine Antrittschance hätte. Daß sie sich damit aber gleichzeitig der Möglichkeit nimmt, statt der unzuverlässigen FDP einen sicheren Koalitionspartner zu gewinnen, scheint ihr nicht aufzugehen.

Ich komme nochmals auf Dahrendorf zurück. Wir sehen also, daß sich etablierte Parteien nicht ohne Arroganz zuverlässig innerhalb des Verfassungsbogens wähen, sich aber andererseits nicht zu schade sind, als Mittel für ihre durchaus legitime Machterhaltungsstrategie auch den Verfassungsmißbrauch, die mißbräuchliche Verfassungsinterpretation, zu nutzen und damit das Eigeninteresse am Machterhalt als gleichsam öffentliches Interesse am Erhalt der Demokratie hinzustellen. Und ein apathisch gewordenes deutsches Wählervolk schaut zu - sozusagen getreu den Worten von Karl Marx: In seinem Sessel behaglich dumm sitzt schweigend das deutsche Publikum. Damit sind wir bei dem, was Dahrendorf zu Recht Autoritarismus nennt und die Deutsche Wochen-Zeitung mit demselben Recht Parteidiktatur.

Wer in der dargestellten Weise Rechtsextremismus erfinden muß, meine lieben Verbandsbrüder, kommt auch noch auf andere schlechte Gedanken, wie der Fall Danubia lehrt. Als ob es in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung freiheits- und demokratiefeindlich sein kann, sich von Personen, gleich welcher Provenienz, ein unmittelbares, eigenes und von fremder Beeinflussung unabhängiges Bild zu machen. Das gehört doch zur Informationsfreiheit, einem Recht, das sich aus dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung zwingend ableitet.

Obwohl derzeit nur die Danubia in die Becksteinsche Liste der verfassungsfeindlichen Organisationen aufgenommen ist, sprechen die dargestellten Praktiken des Verfassungsschutzes stark dafür, daß der Verdächtigungs- und Diffamierungsfeldzug der Verfassungsschützer auch auf andere Glieder des Verbandes ausgedehnt wird. Und zwar um so eher, je mehr wir uns in eine schwächliche Defensive drängen lassen.

Als Minister Beckstein im Dezember letzten Jahres auf dem Haus meiner Burschenschaft sprach, sagte ich ihm, daß ich aktiver Bundesbeamter gewesen sei und ich es mit meinem Gewissen nicht hätte vereinbaren können, wenn mir für meine Arbeit jemand Vorgaben gemacht hätte, wie sie sein - Becksteins - Verfassungsschutz zu befolgen hat. Dies zu sagen fühlte ich mich als Bürger und als Parteifreund des Ministers, aber darüber hinaus auch und gerade als Burschenschafter verpflichtet.

Abstrakte Bekenntnisse zur Freiheit und zum Vaterland, wie wir sie innerburschenschaftlich immer wieder hören und worauf sich manche unserer Verbandsbrüder leider beschränken, nutzen überhaupt nichts, wenn wir nicht bereit sind, im Alltag konkret für diese Werte zu kämpfen. Dies gilt für den Verband, für den einzelnen Bund und den einzelnen Burschenschafter gleichermaßen. Alle geeigneten Formen der Beteiligung am öffentlichen Leben, am öffentlichen Diskurs, an der öffentlichen Auseinandersetzung müssen in diesem Kampf Verwendung finden. Es

reicht einfach nicht, nur auf den Häusern zu sitzen und Vorträge anzuhören. Unsere Devise hieß und muß auch künftig immer heißen: "Burschen heraus!"

Wir müssen diesen konkreten Kampf selbst dann führen, wenn wir damit Anstoß erregen. Wir haben insoweit Vorbild für Deutschland zu sein, Deutschlands freiheitliches und nationales Gewissen.

Vorbild und Gewissen wie schon 1817 auf der Wartburg, 1832 auf dem Hambacher Schloß, 1848 in der Paulskirche und wie 1987, als praktisch alle etablierten Parteien - die CSU rühmlich ausgenommen - den Gedanken der deutschen Wiedervereinigung aufgegeben hatten und die Deutsche Burschenschaft eine der wenigen Organisationen war, die trotz des Vorwurfes, von vorgestern zu sein und die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen, unverbrüchlich für die deutsche Einheit stand.

Vorbild und Gewissen auch dann, wenn staatliche Stellen in Verkennung ihrer Verfassungspflichten burschenschaftliche Betätigung als rechtsextremistisch diffamieren, wie im Falle Ihres Bundes, liebe Danuben. Wie heißt doch die Lehre aus der bis 1989 so tragischen deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts? Wehret den Anfängen! Und denken Sie an das, was Dahrendorf gesagt hat. Was gegen Ihren Bund stattfindet, ist nichts anderes als eine böse Frucht der beharrlichen politischen Hetze der vereinigten deutschen Linken und ihrer medialen Handlanger. Diesen Kräften ist es gelungen, das politische Koordinatenkreuz so weit nach links zu schieben, dass normale konservative und nationale Positionen, die ehemals der demokratischen Rechten zugeordnet wurden, nunmehr als rechtsextremistisch erscheinen und zum Nachteil für Volk, Staat und Verfassung diskreditierbar sind.

Dieser bis in bürgerliche Kreise hinein wirksame Mechanismus hat dort in der Furcht vor gesellschaftlicher Ausgrenzung ein geistiges Mitläufertum zu Gunsten linker Wertvorstellungen erzeugt, das einer freiheitlichen Gesellschaft unwürdig ist. Kein Wunder daher, daß auch ein konservativ regierter Staat wie Bayern junge Bürger, junge Akademiker über seinen Verfassungsschutz ächtet, die zuverlässig zu diesem Staat, zu Deutschland, zu seinem Volk und zu seiner Verfassung stehen.

Leider sind auch burschenschaftliche Kreise aus Angst, selbst ausgegrenzt zu werden, eifertig bemüht, sich dem dargestellten Scheinextremismus gegenüber abzugrenzen und so ihre eigenen Wurzeln zu verraten.

Diesem verderblichen Verhalten gilt es mit aller Macht Einhalt zu gebieten. Geboten ist nicht Abgrenzung, denn Abgrenzung ist Spaltung. Geboten ist Solidarität.

Nur so können wir, liebe Verbandsbrüder Danubiae, unserer hochaktuellen Aufgabe für Ehre, Freiheit und Vaterland gerecht werden.

Nur so können wir Mitläufertum und Zeitgeisterei überwinden. Schließlich leben wir weder unter Metternich, noch unter Hitler oder Honecker, sondern unterm Grundgesetz, auf das wir uns doch berufen dürfen. Doch dieses Grundgesetz bleibt nur dann Verfassungswirklichkeit - und das sollte sich Minister Beckstein gut merken -, wenn es wirklich gelebt wird.

Gefordert hierfür ist nicht der Bourgeois, sondern der Citoyen, d.h. der Bürger mit Mitbestimmungswillen, Zivilcourage und Patriotismus, der Bürger, der seinen

Grundsätzen furchtlos treu bleibt, auch dann: "Wenn alle untreu werden".

Daß Sie, liebe Danuben, in diesem Sinn zu den Treuen gehören, weiß ich. Deswegen werde ich mit Ihnen allzeit solidarisch sein. Auch die Mehrheit in der Deutschen Burschenschaft ist mit Ihnen solidarisch.

Bleiben Sie so, wie Sie sind. Sie sind keine schwarzen Schafe, als die Sie von sich weiß fühlen- den Hosenscheißern aus unseren eigenen Reihen hingestellt werden. Sie sind eine echte Burschenschaft, korporationsstudentisch und politisch. Wäre der ganze Verband so wie Ihr Bund, dann würde die burschenschaftliche Stimme in Deutschland nicht mehr überhört werden können. Lassen Sie sich um nichts in der Welt entmutigen! Bleiben Sie standhaft! Sie stehen auf der richtigen Seite, auf der Seite der Freiheit, die uns "duft'ge Himmelsblume" ist und bleibt.

Ich gratuliere Ihnen, liebe Danuben, zum 154. Stiftungsfest und wünsche Ihrem Bund, daß ihm bis in fernste Zukunft hinein nur das Beste beschieden sein möge:

Heil Danubia! Ich trinke auf Ihr Wohl.

Dr. Hans Merkel  
Münchener Burschenschaft  
Arminia-Rhenania (WS 53/54)